

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis I (Verwendete Kommentare, Monografien)	XXIII
Literaturverzeichnis II (Aufsätze zum Eltern- und Enkelunterhalt)	XXV
A. Grundlagen des Elternunterhaltes	1
I. Hintergründe	1
II. Rechtsgrundlagen	6
1. Zivilrechtliche Grundlagen des Elternunterhaltes	6
2. Sozialstaatliche Flankierung	7
3. Rechtspolitische Veränderungsspielräume	8
III. Das Mandat des Anwaltes	10
1. Einige Grundgedanken	10
2. Kollisionsfälle und Betreuungsfälle	12
3. Vollmachtsfälle	12
4. Vermögensmanipulationen	13
IV. Die Sachbearbeitung der Sozialhilfeträger	13
1. Sprachliche Lösungsvorschläge	14
2. Die Rechtswahrungsanzeige	15
a) Latente Unterhaltslast	16
b) Inhalt der Rechtswahrungsanzeige	17
3. Brieffreundschaften	19
4. Konsequenzen aus der Darlegungslast	21
5. Verfahrensrechtliche Hinweise	22
a) Auslandswohnsitz einer unterhaltspflichtigen Person	22
b) Gerichtliche Verfahren gegen mithaftende Geschwister bei unterschiedlichen örtlichen Zuständigkeiten	23
6. Geltendmachung von Unterhalt für abgeschlossene Zeiträume	24
B. Elternunterhalt in der Praxis	27
I. Bedarf des Unterhaltsberechtigten	27
1. Notwendigkeit der Unterbringung	30

2.	Pflegestufen und Pflegebedürftigkeit	31
3.	Gutachten zur Pflegestufeneingruppierung	33
4.	Angemessenheit der Unterbringung	34
5.	Bedarfsdeckung durch Naturalleistungen	38
6.	Barbedarf gem. § 27b Abs. 2 S. 1 SGB XII (Taschengeld des Bedürftigen)	42
7.	Ausbildungskosten / Ausbildungsumlage als Bedarf	44
8.	Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte der bedürftigen Person	46
	a) Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Einkommen der Eltern	46
	b) Pflegeversprechen und Pflegeverpflichtung	51
	c) Nutzungs-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Vermögen der Eltern	54
II.	Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	57
1.	Vorrangigkeit des Eigenmitteleinsatzes	57
2.	Grundsicherung	58
3.	Pflegewohngeld	61
4.	Pflegegeld	62
5.	Vorrangigkeit der Vermögensverwertung des Unterhaltsberechtigten	63
	a) Grundsatz: Vorrangigkeit der Vermögens- verwertung	63
	(1) Verwertung der selbst bewohnten Immobilie des Bedürftigen	66
	(2) Schenkungsrückforderungen	67
	(3) Sterbegeld, Rücklagen für Beerdigungskosten	70
	(4) Unzumutbarer Vermögenseinsatz	72
	b) Beschränkungen der Vermögensverwertungs- pflicht	73
6.	Vorrangigkeit des unterhaltspflichtigen Gatten des Unterhaltsberechtigten	74
III.	Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes	76
1.	Einkommen aus abhängiger Beschäftigung	79
	a) Überstunden	80
	b) Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Boni und Tantieme, Gratifikationen, Treueprämien, Provisionen, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen, Familienzuschläge	81
	c) Teilzeitarbeit	83
	d) Altersteilzeit	84
	e) Spesen und Auslösungen	85
	f) Sachbezüge, Firmenwagen	86

g) Sonstige Sachbezüge	91
h) Provisionen und Boni	91
2. Einkommen aus selbständiger und gewerblicher Tätigkeit	92
3. Sonstiges Einkommen	95
4. Mieteinkünfte	96
5. Wohnvorteil	99
a) Rechtsgrundlage des Wohnvorteils	100
b) Höhe des Wohnvorteils	101
(1) Angemessenheit des Wohnvorteils	101
(2) Erhöhung des Wohnvorteils durch im Haus lebende unterhaltsbedürftige Kinder	104
(3) Verminderung der Wohnvorteils	104
(4) Billigkeitskontrolle und Obergrenze des Wohnvorteils	105
c) Einkommenszurechnung des Wohnvorteils	106
(1) Wohnvorteile sind kein ‚Einkommen‘	106
(2) Der Wohnbedarf ist aus dem Familieneinkommen zu befriedigen	107
(3) Die Wohnbedarfsrechtsprechung berücksichtigt nicht die ‚Kosten des Wohnens‘	108
6. Firmen-PKW und andere Nutzungsvorteile	110
7. Kapitaleinkünfte	110
8. Schenkungen / Zuwendungen	112
9. Steuererstattungen	113
10. Wohngeld	119
11. Kindergeld	120
12. Taschengeldeinkünfte	120
13. Einkommen aus überobligatorischer Tätigkeit (BGH v. 13.4.2005 – XII ZR 273/02)	126
IV. Abzüge vom anrechenbaren Einkommen	128
1. Altersversorgung	128
a) Fiktive Zurechnung von Altersvorsorgeaufwendungen?	129
b) Gesetzliche Altersversorgung	129
c) Private Altersvorsorge	130
d) Altersvorsorge jenseits der Beitragsbemessungsgrenze	131
e) Altersversorgung für Nichterwerbseinkünfte	131
f) Was ist ‚angemessenes‘ Alterseinkommen?	132
g) Von der Beitragsangemessenheit zur Ergebnisangemessenheit	133
(1) Sozialhilfeniveau als unterste Auffangebene	133

(2) Angemessenheitsmaßstab des § 851c ZPO . . .	134
(3) Leitlinienseלבטבבאל אל אנגעמעסענ- העטגלענצע	135
(4) Beamtenversorgung אל אנגעמעסענ- העטסמאסשטאב	136
(5) Definition der Höhe einer 'angemessenen' Altersversorgung	139
(6) Private Altersvorsorge zur Abdeckung einer Versorgungslücke im Alter	140
(7) Höhe des Altersvorsorgekapitals in der gRV . . .	142
(8) Höhe der Altersversorgungsrücklagen nach finanzmathematischen Grundsätzen	142
h) Pauschalisierte Berechnung der Altersvorsorgerückstellungen nach BGH	143
i) Individuelle Berechnung des Altersvorsorgeschonvermögens ohne Obergrenze . .	145
j) Beginn des Aufbaus einer Altersvorsorge- rückstellung	147
(1) Auflösung von Altersvorsorgerückstellungen . .	147
(2) Ende von Altersvorsorgerückstellungen	148
k) Altersvorsorge des Schwiegerkindes	150
l) Anlagefreiheit der Altersvorsorgerückstellungen . .	150
m) Zusammenfassung Altersvorsorge	152
2. Krankenversicherung / Pflegeversicherung	153
a) Krankenversicherungskosten in der gesetzlichen Krankenversicherung	154
b) Krankenversicherungskosten in der privaten Versicherung	154
c) Pflegezusatzversicherung, private Pflege- versicherung	155
d) Zuzahlungen, Praxisgebühr, Eigenanteile	156
3. Steuern und Steuerrücklagen, Steuerklassenwahl . . .	157
4. Unterhalt	159
a) Vorrangige Unterhaltsansprüche Erwachsener . . .	161
b) Familienunterhalt	161
(1) Grundlagen	161
(2) Kindesunterhalt im Familienunterhalt	163
c) Prägender Elternunterhalt und Gattenunterhalt . . .	166
d) Vertragliche Unterhaltsansprüche und Unterstützungsleistungen	168
(1) Vertraglicher Unterhalt אל שנקונת	170
(2) Vertraglicher Unterhalt אל 'Ausstattung'	171
(3) Vertraglicher Unterhalt אל שולדבשרעכען . . .	171

(4) Sonstige tatsächliche Leistungen für Dritte . . .	172
c) Probleme und Chancen des vorrangigen Unterhaltes	174
5. Berufsbedingte Aufwendungen	176
a) Fahrzeugkosten	176
b) Zweitwohnung	178
c) Sonstige Positionen	179
6. Kreditbelastungen (Zins- und Tilgungsleistungen) . . .	179
a) Zeitpunkt der Eingehung der Verbindlichkeit	180
b) Elternunterhalt und Verbraucherinsolvenz	182
c) Kredite zur Finanzierung von Luxusauf- wendungen	183
d) Immobilienkredite und Aufwendungen für den Unterhalt und Erhalt einer Immobilie	183
e) Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung von Ansparungen	186
7. Aufwendungen zur Vermögensbildung des Unterhaltspflichtigen	187
8. Kosten des Besuchs beim Unterhaltsberechtigten . . .	187
9. Kosten des Wohnens	190
a) Wohnen zur Miete	190
b) Wohnen in eigener Immobilie	191
10. Aufwendungen für den Unterhaltsberechtigten	192
11. Freigiebige Leistungen der unterhaltspflichtigen Person	192
V. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	193
1. Gleichzeitigkeit von Bedarf und Leistungsfähigkeit . .	193
2. Die Lebensstandardgarantie	194
3. Mangelnde Leistungsfähigkeit bei vollständigem Einkommensverzehr	197
4. Selbstbehalt	199
5. Leitlinienselbstbehalte	203
a) Kritik an Höhe der Selbstbehalte	204
b) Notwendige Erhöhung der Selbstbehalte	205
(1) Kosten des Wohnens	205
(2) Fallbezogene Angemessenheit	205
6. Leitliniengerechte Erhöhung der Selbstbehalte (Wohnkosten)	207
7. Selbstbehalt nach BVerfG v. 7.6.2005 – 1 BvR 1508/96: 100.000 €?	209
8. Zurechnung fiktiven Einkommens	211
a) Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des Eltern- unterhaltes?	211

	b) Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des familien- rechtlichen Ausgleichsanspruchs?	214
9.	Berechnung der Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes	214
	a) Lebensstandardgarantie	214
	b) Alleinstehendes oder getrennt lebendes unterhaltspflichtiges Kind	216
	c) Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, mit Gatten zusammenlebend	216
	(1) Berechnungsmethode nach BGH v. 28.7.2010 und 5.2.2014	216
	(2) Unterhaltsberechnung bei Lebens- gemeinschaft	224
	(3) Diskussion der BGH-Berechnungsmethode	226
10.	Kritik an den Berechnungsmethoden und der Schwiegerkindhaftung	227
11.	Angemessenheitsprüfung	228
VI.	Vermögensverwertung, Schonvermögen	230
	1. Kreditierte Leistungsfähigkeit	233
	2. Altersvorsorgevermögen	233
	a) Pauschale Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	234
	b) Begrenzung der Höhe des Altersvorsorge- vermögens	240
	c) Individuelle Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	241
	(1) Versorgungsziel	242
	(2) Versorgungsbilanz	242
	(3) Bestimmung der Versorgungslücke	244
	3. Notbedarfsvermögen	245
	4. Vermögensreservierungen	247
	5. Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf die Vermögensverwertung	248
	6. Immobilienvermögen	250
	a) Selbstgenutztes Immobilienvermögen	250
	b) Sonstiges Immobilienvorsorgevermögen	252
	c) Gemeinsames Immobilienvermögen	253
	d) Luxusvermögen, Ferien- und Auslands- wohnungen	254
	e) Einsatz des Vermögens zur Unterhaltsgewährung	255
	f) Kein Einsatz des Vermögens des Schwiegerkindes	258

VII. Einkommens- und Vermögensveränderungen nach Feststellung der Unterhaltspflicht	258
1. Einkommensverbesserungen	258
2. Einkommensverschlechterungen	260
3. Vermögensverbesserungen oder Vermögensverschlechterungen	261
VIII. Haftungsquote – horizontale Haftungsbeschränkung	262
1. Schlüssigkeit der Forderungsbegründung	263
2. Datenschutz	263
3. Auskunftsansprüche unter Geschwistern	265
4. Weitere Ansprüche zwischen Geschwistern	266
5. Berechnung der Haftungsquote	268
6. Berechnung der Haftungsquote bei verzehrendem Vermögenseinsatz	269
7. Fiktive Haftungsquoten aufgrund fiktiver Einkünfte	273
8. Konkurrierende Elternunterhaltsansprüche	273
a) Gleichrang konkurrierender Elternunterhaltsansprüche	273
b) Verbot revolvierender Lebensstandardsenkung	274
c) Berechnungsmethoden	274
(1) Das Windhundprinzip	274
(2) Das Gleichrangprinzip	275
(3) Prinzip begrenzter Leistungsfähigkeit	275
(4) Methodendiskussion	276
IX. Rückforderung von Unterhaltsüberzahlungen	277
1. Anspruchsgrundlage: Bereicherungsrecht	278
2. Deliktische Rückforderungsrechte	280
X. Weitere Belastungen der Kinder	280
1. Betreuerkosten	280
a) Einrichtung einer Betreuung	280
b) Kostentragungspflicht	281
c) Höhe der Betreuervergütung	282
2. Beerdigungskosten	285
XI. Steuerliche Behandlung des Elternunterhalts	290
XII. Vereinbarungen zum Elternunterhalt	291
1. Verichtsvereinbarungen und faktischer Unterhaltsverzicht	291
2. Vereinbarungen zwischen den Geschwistern	295
C. Exkurs: Enkelunterhalt	297
I. Rechtsgrundlagen	297
II. Voraussetzungen der Haftung	298

1. Ausfall des vorrangig Unterhaltspflichtigen	299
2. Betroffener Personenkreis	299
a) Eigenhaftung der Großeltern	300
b) Ersatzhaftung der Großeltern	300
3. Bedarf des Kindes	301
a) Bedarfsdeckung durch Unterhaltsvorschuss	303
b) Bedarfsdeckung durch Sozialhilfe	303
c) Bedarfsdeckung durch Vermögenseinsatz	304
d) BAföG und Enkelunterhalt	304
e) Auswirkungen des Kindergeldes auf den Unterhaltsbedarf	305
4. Leistungsunfähigkeit vorrangig verpflichteter Unterhaltspflichtiger (§ 1607 Abs. 1 BGB)	305
5. Mangelhafte Durchsetzbarkeit des Unterhaltsanspruchs (§ 1607 Abs. 2 BGB)	306
6. Leistungsfähigkeit der Großeltern	307
a) Selbstbehalt	307
b) Abzüge vom Einkommen	308
c) Latente Unterhaltslast	309
d) Fiktive Einkünfte der Großeltern	309
e) Vorrangige Unterhaltspflichten, Familien- und Gattenunterhalt	311
III. Quotale Haftung der Großeltern mit anderen Verpflichteten	311
D. Verteidigungsstrategien gegen Elternunterhalt	315
I. Verwirkung durch Zeitablauf	316
II. Verwirkung gem. § 1611 BGB	320
1. Verwirkungsgrund ‚sittliches Verschulden‘	321
a) Mangelnden Altersvorsorge	321
b) Sucht- und Drogenprobleme	323
c) Kontakt- und Beziehungslosigkeit – Vernachlässigung	326
d) Straftaten, Straftaft	328
e) Nichterfüllung der persönlichen Sorge- verpflichtung	328
2. Sonstige Verwirkungsgründe	329
3. Rechtsfolgen der Verwirkung	332
4. Verzeihung	333
5. Geltendmachung der Verwirkung	334
6. Antrag auf Feststellung der Verwirkung	335
III. Flucht in die Adoption	337

E. Auskunftspflichten	339
I. Auskunftspflichten nach § 1605 BGB und § 117 SGB XII	339
1. Ausnahmen von der Auskunftspflicht	340
2. Auskunftspflicht der Schwiegerkinder	341
3. Auskunftspflicht von Geschwistern	346
4. Unterhaltsrechtliche Sackgasse	346
II. Inhalt des Auskunftsanspruchs	347
1. Auskunftspflicht, Inhalt und Reichweite	347
a) Auskunft über persönliche Verhältnisse	348
b) Auskunft über Forderungen und Familienunterhaltsanspruch	348
c) Auskunft über Einkünfte	350
2. Form der Auskunft	352
3. Belegpflicht	353
III. Informationspflichten	354
IV. Folgen einer falschen oder unvollständigen Auskunft	355
V. Wiederholung des Auskunftsbegehrens	357
F. Verfahrensfragen	359
I. Der allgemeine Ablauf	359
1. Die Heimunterbringung	359
2. Die gerichtliche Auseinandersetzung	360
II. Vollstreckung aus behördlichen Unterhaltsforderungen	360
G. Vorsorgende Beratung	363
I. Vorbemerkung	363
II. Statistisches Datenmaterial	364
III. Rettung des Vermögens des Unterhaltsberechtigten	365
1. Vorzeitige unentgeltliche Vermögensübertragung	365
2. Das Revokationsrecht des verarmten Schenkers	367
a) Revokationsfrist, Rückforderungsfrist	367
b) Einrede der selbst herbeigeführten Bedürftigkeit	368
c) Notbedarfseinrede des Beschenkten, § 529 Abs. 2 BGB	369
d) Übergang der Revokationsforderung auf den Sozialhilfeträger	371
3. Abschluss einer Pflegezusatzversicherung durch Einmalzahlung	372
4. Belohnende / entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an den Gatten	373

5. Belohnende oder entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an Kinder	373
6. Rettung der elterlichen Immobilie	374
7. Die Ausstattung	374
8. Vermögensübertragung auf Enkelkinder	376
IV. Schonung von Einkommen und Vermögen des unterhaltspflichtigen Kindes	377
1. Einkommensverminderung des unterhaltspflichtigen Kindes – konsumieren statt kumulieren	377
2. Steuerklassenwahl	378
3. Einkommensverminderung des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	379
4. Unterhaltsvermeidung durch Einkommensverlagerung	380
5. Unterhaltsvermeidung durch Vermögensverminderung	381
6. Schaffung gemeinsamen Eigentums der Ehegatten	383
7. Unterhaltsschädlicher Güterstandswechsel	384
8. Bedeutungslosigkeit des Vermögens des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	386
H. Typische Fehlerquellen beim Elternunterhalt	387
I. Erfassung der Einkünfte	387
1. Zuordnung der Einkünfte zu jedem einzelnen Ehegatten	387
2. Steuerliche Besonderheiten	387
a) Steuerklassenwahl	387
b) Verteilung der Steuererstattungen	389
c) Steuerliche Veranlagung mithaftender Geschwister	391
3. Zinseinkünfte	391
II. Abzugsfähige Aufwendungen	392
1. Persönliche Kosten	392
2. Gemeinsame Kosten	393
3. Immobilienkosten	393
4. Altersvorsorgeaufwendungen	393
III. Schonvermögen	394
1. Altersvorsorgeschonvermögen	394
2. Weiteres Schonvermögen, Notbedarfsvermögen	396
I. Fälle mit Auslandsbezug	397
I. Grundlagen	397
1. Unterhaltsberechtigter in Deutschland, Unterhaltspflichtiger im Ausland	397

2. Unterhaltsberechtigter im Ausland, Unterhaltungspflichtiger in Deutschland	398
3. Der ‚gewöhnliche Aufenthalt‘	399
4. Wo ist zu klagen – örtliche Zuständigkeit	399
II. Einzelne Länder	400
1. Belgien	402
2. Bulgarien	402
3. Dänemark	402
4. England / Wales	402
5. Frankreich	403
6. Griechenland	403
7. Irland	404
8. Italien	404
9. Kroatien	405
10. Niederlande	405
11. Österreich	406
12. Polen	406
13. Portugal	406
14. Schottland	406
15. Schweden	407
16. Schweiz	407
17. Serbien	407
18. Slowenien	408
19. Spanien	408
20. Tschechien	408
21. Türkei	408
22. Ungarn	409
J. Berechnungsbeispiele	411
I. Vollständiges Berechnungsbeispiel	412
II. Höheres Einkommen des Schwiegerkindes	413
1. Einkommensanteilige Beteiligung am Familienunterhalt	413
2. Negativer Wohnvorteil	414
3. Positiver Wohnvorteil	415
4. Geringes Einkommen des Kindes, hoher Wohnvorteil	416
5. Kein Einkommen des Kindes, hoher Wohnvorteil	417
III. Höheres Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes	418
1. Normalfall	418
2. Berechnungsbeispiel Minderbelastung Kosten des Wohnens	419
3. Geringes Einkommen des Unterhaltspflichtigen, Wohnvorteil 600 €	420

K. Anhang	423
I. Sterbetafel 2009/2011	423
II. Barwerttabelle	426
III. Verrentungstabellen	427
1. Lebenslange Sofortrente aus Kapital	427
a) Männer	428
b) Frauen	429
c) BMF-Tabelle, Männer und Frauen Sofortrente	430
2. Befristete Sofortrente	431
3. Verrentungstabelle Kapital in lebenslange Rente ab 65/66/67 Jahren	433
IV. Aufzinsungsfaktoren zur Berechnung des Altersvorsorgeschonvermögens	434
V. Altersvorsorgekapital nach § 851c ZPO	435
VI. Haushaltsausgaben	437
VII. Pflegerisikofaktoren	439
Stichwortverzeichnis	443
Klapptafel „Prüfungsschema Elternunterhalt“	461